

Stand: 02.05.2024 05:52:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26245

"Not der KITAS zur Chefsache machen - Kitagipfel einberufen, effektive Maßnahmen gegen Fachkräftemangel umgehend auf den Weg bringen, hochwertige Bildung sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26245 vom 01.02.2023
2. Beschluss des Plenums 18/26355 vom 02.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 02.02.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmarr Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Not der Kitas zur Chefsache machen – Kitagipfel einberufen, effektive Maßnahmen gegen Fachkräftemangel umgehend auf den Weg bringen, hochwertige Bildung sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die angespannte Personallage in den bayerischen Kitas zur Chefsache zu machen und alle Akteure in diesem Bereich zu einem Kita-Notgipfel einzuladen. Ziel soll es sein, umgehend kurz-, mittel- und langfristig greifende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um das pädagogische Personal in den Einrichtungen zu entlasten, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen und eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit sicherzustellen. Die Maßnahmen sollen z. B. umfassen:

- eine attraktivere Ausbildung durch einen Ausbau der Ausbildungs- und Studienplätze, eine einheitliche Ausbildungsvergütung im Sozialpädagogischen Einführungsjahr (SEJ), eine refinanzierte Freistellung zur Ausbildungsanleitung in den Einrichtungen sowie die Refinanzierung der Praxisplätze der praxisintegrierten Ausbildung an die Träger,
- Kostenfreiheit für die Fort- und Weiterbildungen im neuen Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung für Kindertageseinrichtungen,
- die Einrichtung eines Personalpools für die Frühpädagogik analog des angekündigten Springermodells für die Altenpflege,
- die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse,
- die Entlastung der pädagogisch Tätigen durch Hauswirtschaftskräfte und Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter sowie den verstärkten Einsatz multiprofessioneller Teams,
- ein Konzept zur Akquise stiller Reserven, beispielsweise auch durch Aufstockung der Teilzeitverträge.

Begründung:

Zum wiederholten Mal hat vergangene Woche Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf zu einem Schulterchluss gegen den Kita-Fachkräftemangel aufgerufen und ein Zusammenwirken aller Akteure im Bereich der Kindertagesbetreuung gefordert. Gute Ideen gibt es seitens Wissenschaft, Gewerkschaften und Fachverbänden jedoch schon seit Langem, aufgegriffen hat die Staatsregierung in der Vergangenheit kaum eine davon. Auch die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppen des Bündnisses für frühkindliche Bildung der Staatsregierung läuft schleppend an, bisher

gibt es seitens der Staatsregierung nur bezüglich eines Fort- und Weiterbildungskonzepts konkrete Fortschritte.

Angesichts der personellen Notlage und der damit einhergehenden Überlastung der Beschäftigten in der Frühpädagogik und der Berechnung der Bertelsmann Stiftung, dass bis 2030 bis zu 70 000 pädagogische Fachkräfte fehlen, braucht es mehr als nur Lippenbekenntnisse. Stattdessen braucht es endlich einen starken Aufschlag für eine attraktivere Ausbildung und bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Nur so kann das Berufsfeld gestärkt, der Fachkräftemangel bekämpft und hochwertige frühkindliche Bildung sichergestellt werden. Das ist dringend nötig, denn die aktuelle Situation belastet die Einrichtungen und die Beschäftigten, dies führt unter anderem zur Reduzierung der Öffnungszeiten oder der Schließung ganzer Gruppen. Dazu kommt: die Degradierung der Kitas zu Betreuungs- anstatt Bildungseinrichtungen wird dem Recht der Kinder auf beste Bildung von Anfang an nicht gerecht. Umso wichtiger sind nun kraftvolle Maßnahmen und Investitionen in die Kindertagesbetreuung in Bayern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Christian Flisek, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Florian Ritter, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/26245

Not der Kitas zur Chefsache machen – Kitagipfel einberufen, effektive Maßnahmen gegen Fachkräftemangel umgehend auf den Weg bringen, hochwertige Bildung sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Doris Rauscher

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Julika Sandt

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Kerstin Celina

Abg. Susann Enders

Abg. Jan Schiffers

Staatsministerin Ulrike Scharf

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD)

Not der Kitas zur Chefsache machen - Kitagipfel einberufen, effektive Maßnahmen gegen Fachkräftemangel umgehend auf den Weg bringen, hochwertige Bildung sicherstellen! (Drs. 18/26245)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Entschlossene Kita-Reform statt eines Wahlkampfs in Kitas mit Alpaka-Bildern (Drs. 18/26339)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin, das pädagogische Personal in unseren Kindertageseinrichtungen in Bayern zeichnet sich durch mentale Stärke, Koordinationsgeschick, eine große Belastbarkeit, viel Herzblut und hohe Fachlichkeit aus. Es heißt schon viel, wenn diese engagierte Berufsgruppe Stopp sagt, stopp, es geht nicht mehr, die Grenzen der Belastbarkeit sind weit überschritten, stopp, Kitas sind Bildungseinrichtungen und keine reinen Betreuungseinrichtungen, stopp, es geht nicht mehr so weiter.

Auch die AWO hat zur heutigen Debatte im Landtag eine ähnlich klingende Pressemitteilung herausgegeben. Was in den vergangenen Jahren leise und vereinzelt aus den Kitas berichtet wurde, wird nun von vielen, und zwar laut und deutlich gesagt. Es ist schön, dass die Sozialministerin zumindest anerkennt, dass es Probleme gibt; denn viel zu lange war das nicht der Fall. Anstatt dass sie aktiv wird und wirklich Maßnahmen umsetzt, sehen wir die Ministerin zusammen mit dem Ministerpräsidenten Markus

Söder fröhlich von einer Vorzeige-Kita zur anderen touren, um sich mit Alpakas kuschelnd ablichten zu lassen. Dass sich die eine oder andere Erzieherin deshalb fragt, ob sie im falschen Film sitzt, ist durchaus nachvollziehbar.

In den Kitas brennt es lichterloh. Der Fachkräftemangel wird immer schlimmer. Gruppen müssen Öffnungszeiten begrenzen oder ganz schließen. Das vorhandene Personal wird erdrückt, und immer neue Aufgaben und Herausforderungen kommen auf es zu. Es reicht einfach nicht, einen Schulterschluss aller Akteure im Kitabereich zu fordern, wie das zuletzt von der Ministerin vorgeschlagen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Es braucht konkrete Maßnahmen, und es braucht die Übernahme von Verantwortung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vorschläge gibt es von allen Seiten genug: von der Wissenschaft, von den Gewerkschaften, von den Fachverbänden, aus den Kitas direkt, von der Basis und auch vonseiten der SPD-Fraktion. Umgesetzt hat die Staatsregierung bisher kaum einen von ihnen. Genauso sieht es mit den Empfehlungen der Arbeitsgruppen des Bündnisses für frühkindliche Bildung der Staatsregierung aus. Seit dem Jahr 2019 wird diskutiert und entwickelt. Von den elf vorgeschlagenen Maßnahmenfeldern wurde mit dem modularen Weiterbildungskonzept bisher nur ein einziger Vorschlag auf den Weg gebracht. Taten statt Lippenbekenntnisse, das ist das Gebot der Stunde. Deshalb: Machen Sie die bayerischen Kitas zur Chefsache! Geben Sie ihnen den Stellenwert, den sie verdienen!

(Beifall bei der SPD)

Rufen Sie einen Kita-Notgipfel aus, und bringen Sie umgehend Maßnahmen auf den Weg, wie zum Beispiel den ganzen Bereich attraktivere Ausbildung oder eine Kostenfreiheit für Aus- und Weiterbildung im Gesamtkonzept der beruflichen Weiterbildung in Kitas! Richten Sie einen Personal- und Springerpool ein! Was nun für die Altenpflege

kommt, muss doch auch für die Kitas möglich sein. Sorgen Sie für eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse, und entlasten Sie die Pädagoginnen und Pädagogen durch Hauswirtschaftskräfte, durch Verwaltungsmitarbeiter in allen Kitas und den verstärkten Einsatz multiprofessioneller Teams! Rufen Sie einen Kita-, einen Kindergipfel aus; denn in diesen jungen Jahren geht es nicht nur um Betreuung, nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern vor allem um frühkindliche Bildung und ein gutes Fundament fürs ganze Leben.

Das pädagogische Personal hat es allemal verdient. Auch die Wirtschaft wird es Ihnen danken. Die Kitas sagen zu Recht: "Stopp, so geht es nicht weiter." Es reicht nicht, sich mit Alpakas ablichten zu lassen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion wird sich bei der Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion enthalten. Es steht viel Gutes in ihm; aber einige Aspekte sind vertieft diskussionsbedürftig, deshalb lediglich Enthaltung.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den letzten Dringlichkeitsantrag mit der notwendigen Ruhe zu begleiten. Sie können sich zu einer Zwischenbemerkung melden. Die Mitglieder der Staatsregierung können den Plenarsaal auch verlassen, um ihre Gespräche außerhalb weiterzuführen. Das sei auch jedem anderen zugestanden. Die Rednerinnen und Redner sollten hier im Plenarsaal jedoch die nötige Ruhe haben. Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Sandt, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, Bayern muss die Kinder zur Chefsache machen. Nach der Verfassung müssten sie das längst sein. Für uns Liberale sind sie das natürlich schon immer. Deswegen verdienen Bayerns Familien endlich eine Ministerin, die die Kitanot anpackt. Frau Scharf, stehen Sie zu Ihrer Verantwortung! Bayerns Familien brauchen bei der Kitareform Tatkraft und Tempo. In der Zielsetzung stimmen wir übrigens mit dem Dringlichkeitsantrag der SPD überein, Kitas zur Chefsache zu machen. Wir sehen das gleiche Defizit, wie es die SPD sieht; allerdings bin ich davon überzeugt, dass ein Kita-Gipfel die Sache zu sehr verzögern würde. Wir können nicht länger warten. Wir brauchen eine Reform, und zwar jetzt.

Wir von der FDP wollen, dass die Finanzierung gesichert wird, dass die pädagogischen Fachkräfte gewonnen werden, und wir wollen auch die Bildungsqualität erhöhen. Aus nahezu allen Kommunen erreichen uns fast täglich Meldungen über geschlossene Kitagruppen, über eingeschränkte Öffnungszeiten, und zwar alles aufgrund des erheblichen Personalmangels; aber der Herr Ministerpräsident und die Frau Ministerin Scharf gehen in Kitas auf Wahlkampftour. Sie suchen sich keine notleidende Kita aus, wo sie fragen müssten, wie sie der Kita helfen können und wie sie ihr unter die Arme greifen können, sondern sie suchen sich eine aus, wo man schöne Bilder bekommt, wie kürzlich mit flauschigen Alpakas.

Das Ergebnis sind wirklich goldige Bilder. Diese sind knuffig, sie bringen aber überhaupt nichts für die Qualität der Kitas oder für die Bildung unserer Kinder. Das ist knuffig, bringt aber keine Sicherheit für die Familien, damit sie auch morgen noch einen Kitaplatz haben. Ja, es sind knuffige Bilder, aber sie bringen für die Erzieherinnen und Erzieher in Bayern keine Entlastung.

Dabei liegen doch die Vorschläge auf dem Tisch. Das Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern hat Ideen eingebracht. Auch hier im Landtag haben wir über viele gute Vorschläge debattiert. Wir von der FDP haben ein ganzes Antragspaket, ein großes

Konzept mit einer Kitaqualitätsoffensive eingebracht. Ich nenne nur ein paar Forderungen daraus. Wir haben diese Forderungen ja auch im Dringlichkeitsantrag vorgelegt.

Wir wollen erstens, dass die Erzieherausbildung flächendeckend vergütet wird. Wie wollen Sie denn junge Menschen zu einer Ausbildung motivieren, wenn diese nicht einmal entlohnt wird? Die Träger dürfen doch nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Wir brauchen eine Refinanzierung bei der Ausbildung. Das muss einfach flächendeckend sein, und zwar nicht nur bei bestimmten Modellen und bestimmten Formen der Kitas, sondern überall.

Zweitens benötigen wir endlich eine Fachkräftebedarfsanalyse. Wir wollen doch wissen, wie viele Erzieher wir in Zukunft brauchen. Haben Sie schon einmal ein Unternehmen gesehen, das sein Geschäft völlig ins Blaue hinein plant und ohne jegliche Zahlentransparenz sein Geschäft steuert? Frau Ministerin, der Blindflug muss endlich ein Ende haben! Es geht um unsere Kinder und um deren Bildungschancen.

Wir benötigen auch umgehend eine leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; denn in unseren meisten Nachbarländern ist der Erzieherberuf ein akademischer Beruf, ein akademischer Abschluss. Wieso nutzen wir denn nicht das Potenzial dieser Menschen, die hierherkommen und die Kinder wirklich mit ganzem Herzen betreuen wollen? Wieso müssen die solche bürokratischen Hürden überwinden? – Ich habe das selber bei einer Fachkraft mitbekommen. Das ist echt unglaublich. Diese Ignoranz können wir uns bei einer Lücke von 60.000 bis 70.000 Erzieherinnen in Bayern einfach nicht mehr leisten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie also wollen, dass wir Menschen für den Erzieherberuf begeistern und gewinnen; wenn Sie wollen, dass Familien wieder auf einen Kitaplatz zählen können; wenn Sie wollen, dass unsere Kinder wirklich durch eine gute frühkindliche Bildung die besten Chancen und Möglichkeiten bekommen, dann unterstützen Sie unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Sandt. – Nächste Rednerin: Frau Sylvia Stierstorfer, CSU-Fraktion.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines möchte ich gleich zu Beginn sagen: Der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel ist kein alleiniges Problem der Kinderbetreuung, sondern alle Branchen sind davon betroffen. Die Kindertagesbetreuung und die dazugehörige Personalplanung sind Aufgaben der zuständigen Kommunen und Träger, die hier als Arbeitgeber fungieren.

Liebe Frau Kollegin Rauscher, der Freistaat unterstützt aber, wo er nur kann. Die wichtigsten Maßnahmen der letzten Jahre: Auszahlung eines Qualitätsbonus; Ausbau der Ausbildungsstellen. Es wurden neue Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramme geschaffen. Die Erzieherausbildung wurde verkürzt. Das erfolgreiche Modellprojekt Opti-Prax wurde verstetigt. Es gibt in Bayern den Leitungs- und Verwaltungsbonus. Wir haben das Bündnis für frühkindliche Bildung sowie ein Gesamtpaket für die berufliche Weiterbildung geschaffen.

(Beifall bei der CSU)

Die Zahlen zeigen, dass die von Bayern getroffenen Maßnahmen richtig und wichtig waren. In über 10.000 Kitas in Bayern arbeiten mittlerweile über 114.000 Pädagoginnen und Pädagogen. Das ist seit 2021 eine Steigerung um fast 79 %. Allein von März 2020 bis März 2022 konnte die Zahl der Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte in Kitas auf insgesamt rund 20.700 gesteigert werden; das ist ein Plus von 11 %. Eine tolle Leistung, würde ich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein Erfolg, und das dürfen wir auch so sagen; denn wenn wir alles schlechtreden, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist niemandem geholfen.

Unser gemeinsames Ziel muss sein, dem Erzieherberuf den gesellschaftlichen Stellenwert zu geben, den er verdient, und ihn aufzuwerten. Danke schön an alle, die sich hier engagieren!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kindertagesbetreuung ist die große Herausforderung der aktuellen Familien- und Sozialpolitik. Wir als CSU und FREIE WÄHLER haben deshalb ein umfangreiches Antragspaket eingereicht, das wir demnächst im Sozialausschuss beraten werden. Um kurzfristige Personalausfälle künftig besser überbrücken zu können, wäre eine Art Springersystem denkbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zudem brauchen wir einfachere und vor allem schnellere Entscheidungsverfahren, wenn es darum geht, nah am Erzieherberuf liegende Qualifikationen sowie ausländische Berufsabschlüsse anzuerkennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich schon auf die Diskussion im Ausschuss, wenn wir unser Antragspaket diskutieren. Ich versichere Ihnen: Wir werden nicht nachlassen; denn es ist unsere Pflicht und Verantwortung, eine hochwertige Kinderbetreuung sicherzustellen. Ein Kita-Notgipfel ist jedoch reiner Aktionismus. Den Dringlichkeitsantrag von der SPD und den Nachzieher von der FDP lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kollegin Stierstorfer! Ich finde es schon witzig, wenn Sie von Aktionismus reden. Wenn Sie kurz vor der Wahl ein Antragspaket bringen,

dann ist das doch nichts anderes als Aktionismus, weil das doch zeigt, dass das Problem nicht gelöst ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegin Rauscher, ich verstehe das Ziel wohl, den Fachkräftemangel und den Mangel an Betreuerinnen und Betreuern in Kitas zur Chefsache zu machen. Wenn aber der Chef, der Ministerpräsident, das Thema konsequent ignoriert und in fünf Jahren drei verschiedene Sozialministerinnen ins Rennen schickt, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der Chef große Probleme hat, die Probleme zu lösen, oder der Chef selbst das Problem ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Oje!)

Ich traue dem Ministerpräsidenten jedenfalls nicht zu, die Probleme zu lösen und den Fachkräftemangel an Kitas zu verringern.

(Zuruf von der CSU: Ich schon!)

Die CSU-Regierung hat den Fokus jahrelang stets anders gesetzt, ebenso übrigens die FREIEN WÄHLER. Mit dem Beharren auf kostenlosen Kitaplätzen für gut und sehr gut Verdienende haben Sie den Fachkräften in den Kitas einen Bärendienst erwiesen. Genau das merken Sie im Augenblick an den Folgen.

Statt Hunderte Millionen Euro grenzenlos und mit der Gießkanne auch an gut verdienende Eltern zu verteilen, hätten Sie sie in die Qualität der Kitas stecken sollen. Dann wären bessere Arbeitsbedingungen statt Absenkung der Standards herausgekommen, wie etwa beim Modellversuch der Mini-Kitas: Hier wird die Betreuung von mehr Kindern – 15 statt 12 – mit weniger Fachkräfteanteil – 33 statt bisher 50 % – kombiniert. Was ist die Folge? – Kitaerzieherinnen verabschieden sich von diesen Arbeitsbedingungen und gehen in andere Berufe. Das ist das Ergebnis der Kita-nicht-Unterstützungspolitik der CSU.

Sie haben zwei Drittel des Geldes aus dem Gute-KiTa-Gesetz der letzten Bundesregierung mit der Gießkanne verteilt und motzen dann, wenn Sie das Geld, das die Ampel-Regierung mit dem KiTa-Qualitätsgesetz explizit für Qualität in Kitas und Sprachkitas bereitgestellt hat, im Wahljahr nicht wieder einfach weiterreichen können.

Das Ergebnis ist klar: Auch da haben viele Fachkräfte inzwischen gekündigt. Bei dem Programm Sprachkitas haben viele Fachkräfte inzwischen gekündigt, weil es einfach so lang gedauert hat, bis die CSU in Bayern in Sachen Sprachkitas endlich in die Puschen kam und als letztes Bundesland angekündigt hat, die Sprachkitas nicht länger hängen zu lassen.

In Rosenheim – Sie haben es vielleicht gelesen –

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU))

wird Ende des Monats eine Kitagruppe aufgelöst, weil Personal fehlt. Die Eltern zweifeln, weil sie so schnell keinen neuen Betreuungsplatz finden.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Seit vergangenem September haben in dieser Kita drei Fachkräfte gekündigt, jetzt kündigt die vierte. Die Leiterin ist in der Zeitung zitiert mit: "Entweder schließen wir die Krippen-Gruppe oder werden wegen Kindeswohlgefährdung angezeigt und riskieren so den Entzug der Betriebserlaubnis für die Einrichtung." – Das ist das Ergebnis Ihrer CSU-Kitapolitik in den letzten fünf Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch eins: Das Bundesgeld war dafür angedacht, langfristig in Fachkräfte und in Qualität zu investieren. Das wäre viel besser, als kurzfristige Förderbescheide zu überreichen.

Die Probleme waren in den Kitas schon vor fünf Jahren da. Sie sind größer geworden – und zwar nicht trotz, sondern wegen der Kitapolitik der CSU und der FREIEN WÄHLER.

Wir stimmen den Anträgen der SPD und der FDP zu. Vieles haben wir selbst schon gefordert. Wir sind froh darüber, dass ihr das Thema ins Plenum eingebracht habt. Ich hoffe, es bringt die regierenden Fraktionen zum Umdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Es spricht nun Frau Susann Enders, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kinder und Kinderbetreuung – das ist für die Bayerische Staatsregierung und für uns als FREIE-WÄHLER-Fraktion schon immer Chefsache. Das zeigt sich auch in der immensen Wertschätzung, die wir den Kitas entgegenbringen. Doch wir wissen auch, dass damit keiner Kita und keinem Kind vor Ort tatsächlich geholfen ist.

Ich erinnere deshalb auch an die anderen Aktionen, zum Beispiel das Krippengeld und den Kindergartenzuschuss, die wir auf den Weg gebracht haben. Das ist effektive Unterstützung für die Eltern. Das gehört auch dazu, das ist auch sehr wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dass Fachkräfte im gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fehlen, ist ein bundesweites Problem, ist ein Problem auch in Bayern. Wir sprechen das offen an. Kindertageseinrichtungen sind zu einem wichtigen Unterstützungsfaktor für viele Familien geworden.

Die Bayerische Staatsregierung hat schon 2019 mit dem Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte und höhere Qualität in der Kindertagesbetreuung eine eigene Fachkräfteof-

fensive gestartet. Darin enthalten sind: leistungsgerechte Bezahlung; Ausbildung attraktiver machen; Quereinsteiger und Rückkehrer gewinnen; Fachkräfte halten; Rahmenbedingungen in Kitas verbessern; Image sozialer Berufe fördern. Meine Damen und Herren, Sie tun immer so, als werde von der Regierung überhaupt nichts getan. Schlafen Sie hier im Plenum und in den Ausschüssen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gab Maßnahmen im Bereich der Fort- und Weiterbildung, zum Beispiel die Ergänzungskraft zur Fachkraft in Kindertageseinrichtungen, die Fachkraft mit besonderer Qualifikation in Kindertageseinrichtungen und die Ergänzungskraft für Grundschulkindebetreuung. Erst im Winter, also vor wenigen Monaten, haben wir FREIE WÄHLER uns zusammen mit unserem Koalitionspartner in einem Dringlichkeitsantrag für die erneute Steigerung der Attraktivität der Ausbildung zur Kinderpflegerin bzw. zum Kinderpfleger starkgemacht.

Meine Damen und Herren, Ihren Antrag sowie den Nachzieher lehnen wir ab. Stimmen Sie unserem FREIE-WÄHLER- und CSU-Antragspaket demnächst im Sozialausschuss zu. In sechs Anträgen werden tatsächlich Nägel mit Köpfen gemacht und wird nicht ein Notstand vor Ort über fehlende Fachkräfte evaluiert, was wir eh schon wissen. Wir müssen es nämlich weiterhin anpacken, diese Fachkräfte wieder aufbauen und sie erneut in die Einrichtungen bringen.

In unserem Antragspaket geht es um einrichtungsübergreifende Springersysteme, Anerkennung von Berufsabschlüssen, tarifliche Eingruppierung, Vergütung und Weiterbildung in der Tagespflege, um ein Gesamtkonzept für berufliche Weiterbildung im Kita-Bereich, Anpassungslehrgänge für Personen mit ausländischen pädagogischen Studienabschlüssen sowie die Ausweitung und Digitalisierung der PQB, also der Pädagogischen Qualitätsbegleitung. – Meine Redezeit ist zu Ende. Wir können dem Antrag nicht zustimmen. Er bringt weder den Leuten vor Ort noch den Kindern noch den

Betreuungs- oder Erziehungskräften etwas. Stimmen Sie unseren Anträgen zu, wenn sie dann im Ausschuss endlich auf der Tagesordnung sind!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung. – Frau Celina, bitte.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Enders, wie erklären Sie sich dann, dass Sie am Ende der Legislaturperiode – etwa ein Jahr vor Ende der Legislaturperiode, nachdem Sie schon so lange gut mit der CSU zusammengewirkt haben – die Mini-Kitas so etabliert haben, dass die Fachkräftequote und Betreuungsqualität bei den Mini-Kitas mit der Experimentierklausel nach unten gesenkt wurden?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Celina, Sie greifen einen Teil heraus. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Wir haben die ganze Zeit über, fünf Jahre lang, und sogar während einer Corona-Pandemie, als manche Leute aus der Opposition ganz tief abgetaucht sind,

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

offen und knallhart bis zum Schluss weitergearbeitet. Ich habe eben aufgezählt, wie wir angreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Jan Schiffers von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Die personelle Notlage in den bayerischen Kitas ist sehr angespannt. Die Anstrengungen, diese Situation zu entschärfen, müssen un-

verzüglich aufgenommen und mit voller Energie umgesetzt werden. Es geht hier auch keineswegs darum, pauschal alles schlechtmachen, was von der Staatsregierung kommt. Das wäre zu einfach. Dennoch ist in dieser Situation deutliche Kritik nötig.

Wir erinnern uns: Wir haben mittlerweile die dritte Sozialministerin in dieser Legislaturperiode. Frau Staatsministerin Scharf hatte einen extrem ungünstigen Zeitpunkt für ihren Einstieg, der mit dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine zusammenfiel. Dennoch ist mittlerweile rund ein Jahr vergangen, und nun können die Bürger und die Betroffenen im Besonderen einfach mehr erwarten.

Bayern steht nicht da, wo wir stehen könnten, und gerade die Themen Fachkräftegewinnung und Entlastung der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas wurde nicht so angegangen, wie es erforderlich wäre. In ihrer Regierungserklärung vom 5. Juli 2022 hat sich die Staatsministerin ausdrücklich für die vielen guten Vorschläge zum Thema Fachkräfte aus dem Bündnis für frühkindliche Bildung bedankt; an der Umsetzung hapert es bisher aber.

Nebenbei bemerkt: Ausweislich dieser Regierungserklärung wurden auch die Prioritäten falsch gesetzt. Die Ausweitung der Kita-Digitalisierungs-Strategie wurde in dieser Regierungserklärung besonders hervorgehoben. In Anbetracht der Umstände, dass manche Kitas inzwischen keinen normalen Betrieb mehr gewährleisten können, dass Öffnungszeiten eingeschränkt und Gruppen sogar geschlossen werden müssen, ist dies der falsche Schwerpunkt, und das auch noch zum falschen Zeitpunkt. Daher trifft der Dringlichkeitsantrag der SPD durchaus einen Punkt. Im Detail sind auch Forderungen dabei, die wir mittragen können, andere vielleicht weniger. Was die Forderung nach der Einberufung eines Notgipfels angeht, sind wir durchaus gespalten. Allein mit Blick auf den Ernst der Lage wäre das angemessen. Allerdings muss auch von unserer Seite ganz klar gesagt werden: Wir befürchten, dass ein solcher Gipfel hier im Freistaat Bayern zu einer reinen Show-Veranstaltung des Ministerpräsidenten werden würde, dem es letztlich nur um schöne Bilder für den Wahlkampf geht.

Grundsätzlich ist natürlich auch noch darauf hinzuweisen, dass die bestehende Situation auch dadurch verschärft wird, dass Bayern wächst. Natürlich sind wir speziell durch die Flüchtlinge aus der Ukraine echt herausgefordert, aber auch die völlig aus dem Ruder gelaufene systemwidrige Zuwanderung unter Berufung auf das Asylrecht stellt den gesamten Freistaat vor Herausforderungen, überfordert jegliche bestehende Infrastruktur und selbstverständlich auch die der Kitas.

Vor wenigen Tagen hat der bemerkenswerterweise grüne Landrat des Landkreises Miltenberg eine Pressemitteilung herausgegeben und darin wörtlich ausgeführt: "Wir haben auch keine Personalkapazitäten mehr – weder für die Verwaltung noch die Betreuung der Geflüchteten, Schulen und Kindertagesstätten sind übervoll und hoch belastet, es gibt kaum noch Plätze, [...] und unser Personal ist vollkommen ausgelaugt." – Dieses Thema muss auch dringend angegangen werden. Sonst kommen wir an der Stelle nicht weiter.

Wir werden uns beim Antrag der SPD enthalten und den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich erteile nun der Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift lautet: "Not der Kitas zur Chefsache machen". – Liebe Frau Rauscher, wenn Sie mich damit meinen, dann schreiben Sie wenigstens als Frau zur "Chefinnen"-Sache machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Doris Rauscher (SPD): Nein, ich meinte Sie nicht!)

Aber ganz nebenbei: Ich finde dieser Forderung schon wirklich abenteuerlich. Wenn jemand die Verantwortung für Kitas nicht übernimmt, dann ist das der Bund. Ich nenne nur das Stichwort "Sprachkitas".

(Zurufe von der SPD)

Sie haben uns hier wirklich kläglich im Stich gelassen; aber ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das wäre seit elf Jahren Ihre Aufgabe gewesen!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorrednerinnen Frau Enders und Frau Sylvia Stierstorfer haben sehr intensiv darauf hingewiesen, was wir alles machen. Ich habe den Eindruck, dass die Opposition vieles noch nicht verstanden hat. Jetzt hängen sie sich an schönen Bildern mit Alpakas auf und reden zynisch von Vorzeige-Kitas. – Ja, es ist eine Vorzeige-Kita, eine neu gebaute Kita, die nach den besten Standards ausgerichtet ist und vor allen Dingen unseren Kindern dient. Ganz nebenbei: Liebe Frau Kollegin, wenn Sie die Alpakas auch noch in der Überschrift Ihres nachgezogenen Antrags aufnehmen, dann zeigt es nur den Neid um diese Bilder und vor allen Dingen auch, dass Sie von tiergestützter Therapie noch nie etwas gehört haben. In dieser Kita gibt es im Übrigen auch einen Therapiehund. Dort leisten sie großartigen Dienst. In dieser Kita gibt es drei HPT-Gruppen. Das ist ganz großartig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir stehen fest an der Seite der Kommunen, der Träger und der Praxis. Die Kindertagesbetreuung hat bei uns höchste Priorität, und wir haben in den vergangenen Jahren unglaublich viel erreicht. Ich darf Ihnen Folgendes sagen – ich muss wieder mit Zahlen operieren: Es ist gelungen, die Zahl der Beschäftigten in den letzten elf Jahren auf 114.000 Beschäftigte zu steigern. Das macht ein Plus von 78 %. Der Leitungs- und Verwaltungsbonus wurde von über 7.000 der mehr als

10.000 Kitas in Anspruch genommen. Die Anstellung von Assistenzkräften entlastet die Kita-Teams und schafft mehr Zeit für pädagogische Arbeit. Wir bauen die Ausbildungsplätze kontinuierlich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Bayern gibt es inzwischen über 70 Fachakademien für Sozialpädagogik; vor zehn Jahren waren es noch knapp 50.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Und viele kriegen ihre Plätze nicht voll!)

– Das ist doch überhaupt nicht wahr. Die Nachfrage ist da. Warten Sie nur, Frau Strohmayer, ich habe auch noch diese Zahl für Sie. Wir haben über 60 Berufsfachschulen für Kinderpflege. Wir haben allein im Schuljahr 2020/21 3.300 Absolventinnen für die Erzieherinnenausbildung.

Meine Damen und Herren, Kinderbetreuung ist natürlich für unsere Familien, aber auch unter dem Blickwinkel von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und des Fachkräftemangels wie auch für unsere Wirtschaft von zunehmender Bedeutung. Der Bedarf steigt; es fehlt uns also nicht an guten Ratschlägen von der Seite. Es würde uns helfen, wenn nicht so viel heiße Luft von Berlin kommen würde und wenn beispielsweise, was das KiTa-Qualitätsgesetz betrifft, der Vertrag endlich einmal vorangetrieben werden könnte. Mit viel Glück werden wir das zum kommenden Halbjahr oder zur Mitte des Jahres dann endlich vorfinden können. Diese Geisterfahrten nützen uns nichts. Den Schaden haben wir hier in Bayern und vor allen Dingen unsere Kommunen, die Kitas und die Familien.

Ihre Schaufensteranträge sind das Gegenteil von hilfreich. Der Fachkräftebedarf ist branchenübergreifend – Frau Kollegin Stierstorfer hat es erwähnt – und flächendeckend, und das bei einer Situation, in der wir fast Vollbeschäftigung in Bayern haben.

Den Kolleginnen und Kollegen der FDP kann ich sagen: Unser Ansatz mit dem Bündnis für frühkindliche Bildung ist bewusst partizipativ angelegt. Liebe Kollegin, ich bin im ständigen Austausch mit dem Bündnis für frühkindliche Bildung. Wir haben Dinge ge-

meinsam auf den Weg gebracht wie unser Gesamtkonzept für die Fort- und Weiterbildung, aber auch die zusätzlichen förderfähigen Instrumente, nämlich im Sommer vergangenen Jahres, als es darum ging, die Mini-Kitas voranzubringen: Großtagespflege, Einstiegsgruppen.

Ich habe manchmal den Eindruck, die Opposition hat noch nicht so verstanden, warum wir eigentlich Einstiegsgruppen ermöglichen. Wir haben viele Tausend geflüchtete Kinder aus der Ukraine, und wir haben schnell eine förderfähige Möglichkeit geschaffen, um auch für diese Kinder einen Platz anbieten zu können.

Dass Sie mir den Schulterschluss, zwischen der Staatsregierung und den Kommunen, aber auch mit den Trägern, vorwerfen, ist ganz interessant. Ich bin zutiefst überzeugt: Wir brauchen diesen Schulterschluss. Sie haben unser System immer noch nicht verstanden. Hier ist es nicht wie in der Schule, wo die Lehrerinnen und Lehrer direkt mit dem Kultusministerium verbunden sind. Wir haben die Träger dazwischen mit einer Trägervielfalt von rund 2.000 in Bayern.

Wir unterstützen auch massiv mit Fördermitteln. Das darf ich noch erwähnen. Darüber hinaus können wir steuern. Aber der Vollzug ist örtliche Angelegenheit. Die Kommunen müssen dann für die entsprechenden Rahmenbedingungen in der Bildungs- und Erziehungsarbeit sorgen, oder ganz konkret: Es ist kommunale Pflichtaufgabe, die Kinderbetreuung sicherzustellen.

Dann schreiben Sie wie immer das mit der Bezahlung rein. Das ist interessant. Sie haben noch nicht verstanden, dass wir Tarifparteien haben, die zuständig sind für die Ausgestaltung der Arbeitsverträge. Mir ist klar, dass hier noch Luft nach oben ist und dass die Bezahlung immer eine Rolle spielt. Aber ich frage mich dann trotzdem, warum es immer noch Träger gibt, die nach wie vor befristete Verträge anbieten. Das erschließt sich mir nicht. Ich kann auch nicht verstehen, warum pädagogische Leitungen mit den ureigenen Trägeraufgaben betraut werden. Auch das gibt es unverändert

immer wieder noch. Deshalb ist es so wichtig, mit allen Akteuren einen Schulter-schluss zu finden, um die Kinderbetreuung sicherstellen zu können.

Kinderbetreuung muss vor allen Dingen dort Chef- oder Chefinnensache sein, wo die Musik spielt, nämlich vor Ort in den Kommunen. Wir haben immerhin 30 % unserer Kitas in kommunaler Trägerschaft. Was Sie hier wieder betreiben, ist hauptberufliches Schlechtreden. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin zur Zeit mindestens einmal die Woche in einer Kita im Austausch mit unserem Bündnis, mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit Leitungen – erst kürzlich, lieber Florian Herrmann, bei dir. Aber auch bei dir, Tom, war ein großes Gespräch, eine Podiumsdiskussion. Ich weiß sehr genau um die Befindlichkeiten vor Ort.

Eines begegnet mir aber bei jedem Besuch in einer Kita. Es kommt immer eine Person auf mich zu, die sagt: Ich bin seit 20, 30 Jahren Erzieherin und möchte keinen anderen Beruf. Es ist mein Traumjob. Ich wollte nie etwas anderes machen. – Also hören Sie endlich auf, diesen Beruf so schlechtzureden! Dort wird Großartiges geleistet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine Anmerkung noch zu Ihrer Forderung nach einer Fachkräftebedarfsanalyse. Das müssten Sie eigentlich auch längst wissen, Frau Sandt: Das ist auf dem Weg und fast fertig. Sie müssen also nicht immer wieder diese Forderungen schreiben. – Dann formulieren Sie immer wieder die Anpassung des Basiswerts. Liebe Frau Sandt, ich kann Ihnen gerne einmal bei uns im Ministerium ein Stück weit Nachhilfe geben. Der Basiswert wird regelmäßig angepasst. – Ich empfehle, beide Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung: Frau Doris Rauscher. Bitte.

Doris Rauscher (SPD): Frau Kollegin Scharf, ich meinte tatsächlich nicht Sie; sonst hätte ich die weibliche Form gewählt. Ich meinte tatsächlich den Ministerpräsidenten,

weil mir durchaus bewusst ist, dass das Sozialministerium einen Teil des Gesamthaushalts eines Landes darstellt. Ich glaube, dass eine bessere Grundfinanzierung der Kitas nicht "die" Lösung ist, aber zur Lösung beitragen würde.

Wissen Sie, warum es immer noch befristete oder auch Teilzeitverträge in Kitas gibt? – Der Grund ist, weil ansonsten die Wirtschaftlichkeit, die Finanzierung, hinten und vorne nicht mehr aufgeht. Das muss man mit betrachten bei der Gesamtproblematik. Wäre die Grundfinanzierung eine bessere, hätten die Träger auch mehr Spielräume, um etwas mehr Personalstunden, sofern vorhanden, zu finanzieren.

Vielleicht noch kurz: Sie erwähnen immer wieder Berlin. Das kann ich nachvollziehen. Aber ich denke, was aus Berlin kam, ist on top. Bildungsangelegenheiten sind Länderangelegenheit. Darauf sollten wir uns immer wieder konzentrieren.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ja, Frau Rauscher: Bildungsangelegenheiten sind Länderangelegenheit. Nichtsdestoweniger kommen wir von einem Gute-KiTa-Gesetz jetzt zu einem KiTa-Qualitätsgesetz. Jetzt muss ich Ihnen leider die Sprachkitas servieren: Nicht nur, dass sich über diese Hängepartie vor dem Stopp dieses Bundesförderprogramms viele Sprachförderfachkräfte verabschiedet und anders orientiert haben. Das Schlimme ist auch noch: Frau Paus sagt dann gnädigerweise, sie wird das Programm noch bis zum Sommer verlängern, sagt aber nicht dazu, welche Mogelpackung sich dahinter verbirgt, indem sie uns bundesweit 109 Millionen Euro aus dem KiTa-Qualitätsgesetz abzieht. Sie spart an der Qualität, nicht wir. Wir führen dieses Programm weiter. Es war für mich von Anfang an überhaupt keine Frage. Wir konnten das jetzt auch so umsetzen. Ich freue mich sehr, wenn wir ein gutes Sprachkita-Programm weiterführen können.

Zur Chefsache: Haben Sie noch nicht gemerkt, dass der Ministerpräsident intensiv mit der Kinderbetreuung befasst ist, nicht nur bei den Alpakas?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Zwischenbemerkung von Frau Julika Sandt.

Julika Sandt (FDP): Sie brauchen sich wegen der Alpakas keine Sorgen zu machen. Es gibt von mir wunderbare Alpakafotos, wo die auch in die Kamera schauen. Aber das mache ich privat, und nicht, wenn ich mich um frühkindliche Bildung kümmere.

Wenn Sie über Fachkräftebedarf sprechen, frage ich mich aber schon, warum Sie so abfällig sagen, ich hätte keine Ahnung, was Sie da alles schon planen. Ich habe nur mitbekommen, dass Ihre Fraktion unsere Anträge für eine Fachkräftebedarfsanalyse abgelehnt hat ohne Verweis darauf, dass es eine geben soll. Das wurde von uns immer wieder gefordert, und es wurde immer wieder abgelehnt.

Ich freue mich jetzt, dass Sie das so nebenbei ankündigen, als müsste man das alles schon wissen. Da ist ja einiges irgendwo hinter den Mauern. Das ist das Gleiche wie beim Bündnis für frühkindliche Bildung, wo wir nicht informiert werden. CSU-Kollegen sind dabei, wir nicht. Das ist auch eine etwas komische Geschichte. Das war früher nicht gang und gäbe in den Ministerien.

Wir reden den Beruf überhaupt nicht schlecht. Das ist ein wunderbarer Beruf. Aber das ist ein Beruf wie andere auch. Man kann trotzdem eine vergütete Ausbildung refinanzieren und das entsprechend unterstützen und ermöglichen und das nicht alles auf die Kommunen und Träger abwälzen.

Es gibt noch viele andere Punkte wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die nicht läuft.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Sandt, die Redezeit ist zu Ende!

Julika Sandt (FDP): Das muss ich schon zu bedenken geben.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Sandt, in Ihrem Antrag formulieren Sie, wir müssten die Forderungen aus dem Bündnis für frühkindliche Bildung umsetzen. Gleichzeitig haben Sie jetzt gerade formuliert, Sie hätten keine Ahnung, was da schon alles am Laufen ist. Vielleicht informieren Sie sich zunächst, bevor Sie einen solchen Antrag schreiben, der uns überhaupt nicht weiterhilft.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung und trennen die Anträge.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26245 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist gegen den Dringlichkeitsantrag? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/26339 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich bei dem Antrag? – Der Abgeordnete Taşdelen und – –

(Zurufe: Die SPD!)

– Die SPD insgesamt.

(Allgemeine Heiterkeit – Thomas Huber (CSU): Da ist fast keiner mehr da! Da sind nur noch zwei da!)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/26246 mit 18/26249 und 18/26340 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:10 Uhr)